

## WP-5-547 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller\*in: LAG Demokratie und Recht

Beschlussdatum: 08.11.2021

### Text

Von Zeile 547 bis 552:

Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen schon jetzt mit ~~dem Fachkräftemangel~~ einem eklatanten Personalmangel. In den nächsten Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in Pension gehen. Dem IT-Betrieb der Justiz gelingt es nicht, seinen Personalbedarf an Fachkräften zu decken, weshalb die Digitalisierung der Justiz in Gefahr ist. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für Frauen die Tätigkeit in der Justiz – auch und vor allem in Führungspositionen - attraktiver machen. Die Justiz muss zudem ein besonderes Augenmerk darauf richten, die Vielfalt der Bevölkerung in Ihren Reihen abzudecken. Bei der Auswahl von Justizbediensteten, Richter\*innen und Staatsanwält\*innen darf eine Migrationsgeschichte oder eine andere Vielfaltsdimension nicht als Hindernis betrachtet werden. Momentan ist die Justiz mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die

### Begründung

Auch die Staatsanwaltschaften sind in den Blick zu nehmen.

In der Justiz wirkt der Begriff „Fachkräftemangel“ fremd, da die Justiz keine Fachkräfte im herkömmlichen Sinn beschäftigt.

Die Justiz ist bereits weiblich: Mehr als 70 % der neu eingestellten Richter\*innen im Bezirk des OLG Hamm sind z.B. Frauen. Der Gesamtanteil in der R1-Besoldung liegt inzwischen bei mindestens 50 %. Vor allem in den leitenden Positionen besteht aber noch eine erhebliche Unterrepräsentation.

Das Vielfaltsstatut darf sich nicht nur bei der Polizei und im Verhalten gegenüber Bürger\*innen niederschlagen, sondern muss auch bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung – hier der Justiz – berücksichtigt werden. Noch immer sind Menschen mit Migrationsgeschichte, aus queerem Kontext, mit körperlichen oder geistig-seelischen Herausforderungen oder sonstigen Vielfaltsdimensionen in allen Bereichen der Justiz massiv unterrepräsentiert.